

BFH - Anhängige Verfahren

■ AO § 163:

Land- und Forstwirtschaft, Betriebsaufgabe, Parzellierung, Billigkeitsmaßnahme, Vertrauensschutz, Festsetzungsfrist

Bundesfinanzhof Az: VI R 35/17

Ist die Finanzverwaltung aus Vertrauensschutzgründen und daraus folgend einer Ermessensreduzierung auf Null zu einer Billigkeitsmaßnahme verpflichtet, wenn im Fall eines ertragsteuerlich nicht geführten Landwirts für den Veranlagungszeitraum des Beginns der parzellenweisen Verpachtung im Zeitpunkt der Veröffentlichung des BFH-Urteils vom 15. Oktober 1987 IV R 66/86 am 15. April 1988 die Festsetzungsfrist noch nicht abgelaufen war?

■ AO § 165 Abs 1 S 1:

Vorläufigkeit, Änderung, Wirksamkeit, Aufhebung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 12/17

Verliert ein neben § 165 Abs. 1 Satz 2 AO auch auf § 165 Abs. 1 Satz 1 AO gestützter Vorläufigkeitsvermerk seine Gültigkeit, wenn in einem nachfolgenden Änderungsbescheid die Vorläufigkeit zwar weiterhin auf § 165 Abs. 1 Satz 1 und 2 AO als Rechtsgrundlage gestützt, aber in den Erläuterungen zur Vorläufigkeit nur noch auf anhängige Musterverfahren i.S. von § 165 Abs. 1 Satz 2 AO Bezug genommen wird?

■ AO § 279:

Aufteilungsbescheid

Bundesfinanzhof Az: VII R 17/17

Zu welchem frühest möglichen Zeitpunkt ist ein Bescheid nach § 279 AO zu erlassen?

■ EigZulG § 2:

Eigenheimzulage, Wohnsitz, Unbeschränkte Steuerpflicht, Ehe, Europäische Union, Mitgliedstaat, Inland, Arbeitnehmer

Bundesfinanzhof Az: IX R 26/17

Gewährung von Eigenheimzulage für ein von Eheleuten genutztes Erstobjekt in einem anderen EU-Mitgliedstaat, dies vor dem Hintergrund, dass der Ehepartner berufsbedingt für seine inländische Tätigkeit eine gemietete Wohnung in Deutschland als anerkannte doppelte Haushaltsführung unterhält und so nach § 1 Abs. 1 EStG unbeschränkt ein-

kommensteuerpflichtig ist?

■ **ErbStG § 9 Abs 1 Nr 1:**

Erbschaftsteuer, Entstehung, Vorerwerb, Saldierung, Vermächtnis

Bundesfinanzhof Az: II R 29/17

Positiver Erwerb aus Vermächtnis - negativer Erwerb aus Erbschaft: Saldierung möglich?

Ist die Saldierung eines negativen Erwerbs als Alleinerbe mit einem positiven Erwerb als Vermächtnisnehmer zulässig, oder handelt es sich um zwei eigenständige Erwerbe mit unterschiedlichen Steuerentstehungszeitpunkten, so dass keine Zusammenrechnung der Erwerbe gem. § 14 ErbStG in Betracht kommt?

■ **EStG § 10 Abs 2 Nr 1:**

Vorsorgeaufwendungen, Rentenversicherung, Ausländische Einkünfte, Ausland, Sonderausgabe, Wirtschaftlicher Zusammenhang

Bundesfinanzhof Az: X R 23/17

In welchem Umfang können inländische Altersvorsorgeaufwendungen zur gesetzlichen Rentenversicherung, die in einem Zusammenhang mit ausländischen (hier: Schweizer) Einkünften stehen, die im Ausland versteuert werden und die zu einer nachgelagerten Besteuerung der Rente im Inland führen, als beschränkt abziehbare Sonderausgaben abgezogen werden?

Verstößt die Regelung des § 10 Abs. 2 Nr. 1 EStG gegen die folgerichtige Umsetzung des Alterseinkünftegesetzes, wenn der Kläger die Aufwendungen weder im Tätigkeitsstaat (als beschränkt Steuerpflichtiger) noch im Inland (als unbeschränkt Steuerpflichtiger) als Vorsorgeaufwendungen steuerlich geltend machen kann?

■ **EStG § 10d:**

Erbe, Verlust, Verlustvortrag, Billigkeitsmaßnahme

Bundesfinanzhof Az: IX R 24/17

Zur Frage, der Konkretisierung in seltenen und extrem gelagerten Konstellationen Billigkeitsmaßnahmen auszusprechen, die so die Berücksichtigung eines gesondert festgestellten Verlustvortrags des Erblassers auf die Erben nach Änderung der Rechtsprechung durch den Großen Senat des BFH (Beschluss vom 17. Dezember 2007 GrS 2/04, BFHE 220, 129, BStBl II 2008, 608) bewirkt.

■ **EStG § 11 Abs 1 S 3:**

Verteilung, Entgelt, Nutzungsüberlassung, Duldungsleistung, Land- und Forstwirtschaft, Ausgleich

Bundesfinanzhof Az: VI R 34/17

Kann ein in einer Summe gezahltes "Gestattungsentgelt" für eine auf unbestimmte Laufzeit vereinbarte Überlassung von Flächen zur Herstellung baurechtlicher Ausgleichsmaßnahmen im Zuge einer Kraftwerkserrichtung nach § 11 Abs. 1 Satz 3 EStG auf mehrere (hier: 25) Jahre verteilt werden?

■ **EStG § 11:**

Zufluss, Arbeitslohn, Gutschrift, Zeitwert, Organ, Körperschaft

Bundesfinanzhof Az: VI R 39/17

Führt bereits die Gutschrift künftig fällig werdenden Arbeitslohns auf dem Zeitwertkonto zum Zufluss von Arbeitslohn bei einem angestellten Organ (hier: Fremdgeschäftsführer) einer Körperschaft (wie BMF-Schreiben vom 17. Juni 2009, BStBl I 2009, 1286)?

■ **EStG § 19 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Geldwerter Vorteil, Sachbezug, Essen, Sozialversicherung, Freigrenze

Bundesfinanzhof Az: VI R 36/17

Wird den Arbeitnehmern mit der unentgeltlichen Gestellung von unbelegten Brötchen (Laugen-, Käse-, Rosinen-, Schoko- und Roggenbrötchen etc.) und Heißgetränken in den Vormittagsstunden durch den Arbeitgeber ein Frühstück i.S. des § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 der Sozialversicherungsentgeltverordnung zugewendet und liegt somit ein Sachbezug gemäß § 8 Abs. 2 Satz 6 EStG vor, der nicht unter die Freigrenze des § 8 Abs. 2 Satz 9 EStG fällt?

■ **EStG § 21:**

Insolvenz, Einkünfte, Forderung, Steueranspruch

Bundesfinanzhof Az: IX R 21/17

Zur Frage, ob Steueransprüche, die durch während eines laufenden Insolvenzverfahrens erzielten Einnahmen begründet, aber erst nach Beendigung des Insolvenzverfahrens festgesetzt worden sind, gegenüber dem Schuldner geltend gemacht und durchgesetzt werden können.

■ **EStG § 24 Nr 1a:**

Schadensersatz, Verdienstaufschlag, Entschädigung

Bundesfinanzhof Az: IX R 25/17

Zur Frage des Vorliegens einkommensteuerpflichtiger Einkünfte, wenn eine als arbeitslos gemeldete Person aufgrund einer missglückten Operation von der Haftpflichtversicherung des Klinikbetreibers u.a. eine als "Verdienstaufschlag-Entschädigung" bezeichnete Zahlung erhält?

- **ESTG § 32 Abs 4 S 2:**
 Kindergeld, Berufsausbildung
Bundesfinanzhof Az: III R 18/17
 Handelt es sich nach Abschluss einer Ausbildung zur Steuerfachangestellten bei der sich im selben Jahr anschließenden und durchgeführten Ausbildung mit dem Berufsziel "staatlich geprüfte Steuerfachwirtin" weiterhin um eine (mehraktige) Erstausbildung i.S. des § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG?

- **ESTG § 35b:**
 Steuerermäßigung, Erbschaftsteuer, Vorerwerb, Erwerb von Todes wegen, Erwerb, Wesentliche Beteiligung
Bundesfinanzhof Az: IX R 23/17
 Steuerermäßigung bei Belastung mit Erbschaftsteuer im Zusammenhang mit der Veräußerung einer GmbH-Beteiligung, die teilweise aus einem Vorerwerb und Erbschaft erlangt wurde - Hier zur Frage, wie Vorerwerbe, die nach § 35b EStG nicht begünstigt werden, aber Einkünfte darstellen, die bei der Ermittlung des Einkommens berücksichtigt worden, in die Berechnung des nach § 35b Satz 2 EStG zu ermittelnden Prozentsatzes einfließen.

- **ESTG § 4 Abs 5 S 1 Nr 2:**
 Bewirtung, Betriebsausgabe, Beschränkung
Bundesfinanzhof Az: X R 24/17
 Sind die Aufwendungen eines Betreibers von Autobahnraststätten für die kostenlose Bewirtung von Busfahrern, die diese Raststätten mit einem mit potentiellen Kunden gefüllten Bus ansteuern, nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG beschränkt als Betriebsausgabe abziehbar oder ist die Rückausnahme des § 4 Abs. 5 Satz 2 EStG anwendbar?

- **ESTG § 46 Abs 2 Nr 8 S 2:**
 Antragstellung, Festsetzungsfrist, Wohnsitzfinanzamt, Wirksamkeit, Kenntnisnahme, Behörde
Bundesfinanzhof Az: VI R 37/17
 Kann ein Antrag auf Veranlagung nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG auch in dem Fall nur beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt fristwährend gestellt werden, in dem ein nicht steuerlich beratener Steuerpflichtiger meint, auch ein Einwurf bei einem anderem als dem örtlich zuständigen Finanzamt derselben Stadt wahre die Festsetzungsfrist nach § 171 Abs. 3 AO? Ist es zur Hemmung des Ablaufs der Festsetzungsfrist ausreichend, wenn der Veranlagungsantrag am Tag des Fristablaufs bis 24:00 Uhr beim Finanzamt

eingeht, oder kann eine wirksame Antragstellung nur zu den behördenüblichen Öffnungszeiten erfolgen (hier: Einwurf am 31. Dezember 2013 gegen 20:00 Uhr)?

■ **EStG § 46 Abs 2 Nr 8 S 2:**

Antragstellung, Festsetzungsfrist, Wohnsitzfinanzamt, Wirksamkeit, Kenntnisnahme, Behörde

Bundesfinanzhof Az: VI R 38/17

Kann ein Antrag auf Veranlagung nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG auch in dem Fall nur beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt fristwährend gestellt werden, in dem ein nicht steuerlich beratener Steuerpflichtiger meint, auch ein Einwurf bei einem anderem als dem örtlich zuständigen Finanzamt derselben Stadt wahre die Festsetzungsfrist nach § 171 Abs. 3 AO? Ist es zur Hemmung des Ablaufs der Festsetzungsfrist ausreichend, wenn der Veranlagungsantrag am Tag des Fristablaufs bis 24:00 Uhr beim Finanzamt eingeht, oder kann eine wirksame Antragstellung nur zu den behördenüblichen Öffnungszeiten erfolgen (hier: Einwurf am 31. Dezember 2013 gegen 20:00 Uhr)?

■ **EStG § 50d Abs 8:**

Besteuerungsrecht, Rückfallklausel, Freistellung, Nachweis, Grundfreibetrag

Bundesfinanzhof Az: I R 30/17

Anforderungen an die Nachweispflicht des § 50d Abs. 8 EStG und Voraussetzungen des § 50d Abs. 9 EStG

1. Kann vom Steuerpflichtigen kein zusätzlicher Nachweis angefordert werden, wenn sich die Nichtbesteuerung bereits unmittelbar aus dem Gesetz des anderen Staates ergibt?
2. Ist § 50d Abs. 9 Satz 1 Nr. 2 EStG nicht anzuwenden, wenn die Nichtbesteuerung im anderen Staat darauf beruht, dass der andere Staat die Einkünfte allgemein nicht besteuert? Gilt dies insbesondere dann, wenn die Einkünfte des Steuerpflichtigen im anderen Staat unterhalb der Grenze liegen, bei der im anderen Staat die Steuerpflicht beginnt?

■ **EStG § 6a Abs 1 Nr 3:**

Pensionszusage, Pensionsrückstellung, Abfindung, Auslegung

Bundesfinanzhof Az: I R 26/17

Anerkennung einer Pensionszusage trotz fehlender Festlegung der auf die Abfindungsklausel anzuwendenden Sterbetafel

1. Setzt die steuerliche Anerkennung einer Pensionsrückstellung nach § 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG im Hinblick auf die in einer Pensionszusage enthaltene Abfindungsklausel die Festlegung der für die Berechnung der Abfindungshöhe anzuwendenden Sterbetafel voraus?
2. Sind Pensionszusagen auch nach Einfügung des Eindeutigkeitsgebots in § 6a Abs. 1 Nr. 3 Halbsatz 2 EStG anhand der allgemein geltenden Auslegungsregeln auszulegen,

soweit ihr Inhalt nicht klar und eindeutig ist?

■ **EStG § 7g:**

Sonderabschreibung, Ansparrücklage, Übergangsregelung

Bundesfinanzhof Az: III R 17/17

Ist § 52 Abs. 23 Satz 2 EStG a.F. (vor Geltung des UntStRefG 2008) verfassungskonform so auszulegen, dass bei einer nach § 7g EStG a.F. gebildeten Ansparrücklage die späteren Sonderabschreibungen nach § 7g EStG a.F. auch dann noch möglich sind, wenn die Bildung der Ansparrücklage vor dem 17. August 2007 erfolgt ist, die tatsächliche Inbetriebnahme und Nutzung der Wirtschaftsgüter jedoch erst nach dem 31. Dezember 2007 liegen?

■ **EStG § 7h Abs 1:**

Bindungswirkung, Bescheinigung, Gemeinde, Erhöhte Absetzung, Absetzung für Abnutzung

Bundesfinanzhof Az: IX R 27/17

Nachweis der Voraussetzungen des § 7h Abs. 1 EStG durch eine Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde - Hier zur Frage, ob eine Bescheinigung der zuständigen Gemeinde, die wahrheitswidrig bescheinigt, dass an dem streitgegenständlichen Gebäude "Modernisierungs- und Instandhaltungsaufwendungen i.S.d. § 177 des Baugesetzbuchs" durchgeführt worden seien, eine Bindungswirkung entfaltet, wenn es an einem solchen Gebot der Gemeinde mangelt.

■ **EStG § 8 Abs 3:**

Geldwerter Vorteil, Arbeitnehmer, Nebenkosten, Endpreis

Bundesfinanzhof Az: VI R 31/17

Umfasst der Endpreis i.S. des § 8 Abs. 3 EStG auch ersparte Nebenkosten?

■ **FGO § 100 Abs 1 S 4:**

Fortsetzungsfeststellungsklage, Prüfungsanordnung, Außenprüfung, Steuerstrafverfahren, Rechtswidrigkeit, Verwertungsverbot, Ermessen

Bundesfinanzhof Az: VI R 32/17

Kann die für eine Erweiterung einer Außenprüfung entwickelte Rechtsprechung zur Zulässigkeit von Ermittlungen im Zusammenhang mit einem Steuerstrafverfahren unverändert auf die erstmalige Anordnung einer Außenprüfung übertragen werden?

■ **GrEStG § 1 Abs 1 Nr 1:**

Grunderwerbsteuer, Bemessungsgrundlage, Einheitlicher Vertrag, Bauerrichtungskosten

Bundesfinanzhof Az: II R 25/17

Bemessungsgrundlage für Grunderwerbsteuer - einheitliches Vertragswerk: Sind in die Bemessungsgrundlage zur Ermittlung der Grunderwerbsteuer neben dem Kaufpreis für Grund und Boden auch die Gebäudeerrichtungskosten einzubeziehen, oder ist die spätere Erhöhung der Baukosten so wesentlich, dass insgesamt ein einheitlicher Erwerbsgegenstand abzulehnen ist?

■ **GrEStG § 1 Abs 3 Nr 2:**

Grunderwerbsteuer, Anteilsvereinigung, Kirche, Steuerbefreiung, Freigebige Zuwendung

Bundesfinanzhof Az: II R 35/17

Kann die Zusammenlegung von Kirchengemeinden Grunderwerbsteuer auslösen? Löst die Vereinigung mehrerer Kirchengemeinden zu einer neuen Gemeinde Grunderwerbsteuer aus, wenn zu deren Vermögen Anteile an einer grundbesitzenden Kapitalgesellschaft gehörten und die neue Gemeinde sämtliche Anteile an dieser Kapitalgesellschaft erwirbt?

■ **KStG § 1 Abs 1 Nr 5:**

Beschränkte Steuerpflicht, Steuerbefreiung, Zweckvermögen, Wirtschaftliches Eigentum, Kapitalverkehrsfreiheit

Bundesfinanzhof Az: I R 33/17

Keine KSt-Befreiung nach § 11 Abs. 1 Satz 2 InvStG für ein ausländisches Investmentvermögen des Vertragstyps

1. Kann ein ausländisches Investmentvermögen des Vertragstyps Zweckvermögen des privaten Rechts i. S. des § 1 Abs. 1 Nr. 5 KStG sein, wenn das gesamte Vermögen der unmittelbaren Kapitalanlage für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger dient, nach dem Grundsatz der Risikostreuung in Vermögensgegenstände i. S. des § 2 Abs. 4 InvG angelegt ist, die steuerliche Zurechnung der Anlagegüter nach § 39 Abs. 2 Nr. 1 AO beim Investmentvermögen selbst erfolgt und die besondere Zweckbindung dauerhaft ist?
2. Ist die für ein Zweckvermögen des Privatrechts i.S. des § 1 Abs. 1 Nr. 5 KStG erforderliche Dauerhaftigkeit der Zweckbindung gegeben, wenn die Möglichkeit der Anteilscheinrückgabe bis zum Ablauf der Vertragslaufzeit des Investmentvermögens des Vertragstyps (einschließlich etwaiger Verlängerungszeiten) ausgeschlossen ist, d.h. die Bindung über die gesamte Dauer des Investmentvermögens besteht? Gilt dies unabhängig davon, für welche Laufzeit das Investmentvermögen begründet wurde?
3. Gilt die Steuerbefreiung nach § 11 Abs. 1 Satz 2 InvStG nicht für ausländische Investmentvermögen des Vertragstyps?
4. Liegt in der Nichtanwendbarkeit der Steuerbefreiung des § 11 Abs. 1 Satz 2 InvStG

auf ausländische Investmentvermögen des Vertragstyps kein Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit, da es bereits an der objektiven Vergleichbarkeit von inländischen und ausländischen Investmentvermögen des Vertragstyps fehlt?

■ **KStG § 5 Abs 1 Nr 9:**

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Gewinnermittlung, Pauschale

Bundesfinanzhof Az: I R 27/17

Vermietung von Ausstellungsflächen anlässlich eines Kongresses durch einen gemeinnützigen Verein

Werden anlässlich eines von einem gemeinnützigen Verein veranstalteten medizinischen Kongresses Standflächen an Pharmahersteller vermietet, sind dann die hieraus im Rahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs erzielten Gewinne pauschal auf Basis der Einnahmen gemäß § 64 Abs. 6 Nr. 1 AO zu besteuern?

■ **UStG § 10 Abs 4:**

Mindestbemessungsgrundlage, Vorsteuerabzug, Landwirtschaft, Pauschalierung, Durchschnittsbesteuerung, Option

Bundesfinanzhof Az: V R 35/17

Ist bei der Verpachtung von Grundstücken an einen Landwirt, der seine Umsätze nach den Durchschnittssätzen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe versteuert und demnach nur einen pauschalen Vorsteuerabzug nach § 24 Abs. 1 UStG geltend machen kann, die Option zur Steuerpflicht nach § 9 Abs. 2 UStG ausgeschlossen?